

Deregulierung mit Risiken

Warum nachhaltige Finanzregulierung unverzichtbar ist

Regeln für nachhaltige Finanzmärkte sollen Kapital in die sozial-ökologische Transformation lenken. Doch unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus droht ein massiver Rückschritt: Würden zentrale Transparenzpflichten abgeschwächt, fehlten verlässliche Nachhaltigkeitsinformationen. Diese Informationen sind entscheidend, um Kapital gezielt zu lenken, Risiken im Finanzsystem frühzeitig zu erkennen und Verbraucher*innen vor Betrug zu schützen.

Von Magdalena Senn und Alison Schultz

Auf den Finanzmärkten wird mit unserer Zukunft gehandelt. Berechnungen zufolge steuert die Welt derzeit auf eine Erderwärmung von 3,2 °C zu – mit katastrophalen Folgen (EZB 2024).

Dennoch fließen weiterhin Milliardenbeträge in Geschäftsmodelle, die auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und fossilen Energieträgern beruhen (urgewald 2024; Rainforest Action Network et al. 2024). Investitionen sowie der Finanzsektor insgesamt bleiben damit ein zentraler Treiber der Klimakrise.

Warum die Transformation nachhaltige Finanzmärkte erfordert

Zugleich ist der Finanzsektor selbst von den ökologischen Krisen betroffen. Klimawandel und Artensterben bringen neue finanzielle Risiken mit sich, die sich direkt in Krediten und Kapitalanlagen niederschlagen. Dazu gehören beispielsweise physische Risiken, wenn Unternehmen nach Extremwetterereignissen ihre Kredite nicht mehr bedienen können. Darüber hinaus existieren auch Übergangsrisiken, wenn emissionsintensive Geschäftsmodelle durch steigende CO₂-Preise unter Druck geraten.

Nachhaltige Finanzmärkte müssen beiden Entwicklungen zugleich begegnen: Erstens braucht es klare Regeln, die Finanzströme mit Klima- und Umweltzielen in Einklang bringen. Zweitens müssen Finanzakteure in die Lage versetzt werden, Nachhaltigkeitsrisiken vorausschauend zu erkennen und wirksam zu managen.

Das europäische Regelwerk für nachhaltige Finanzmärkte

Unter Anerkennung der „doppelten Wesentlichkeit“ – also der Verantwortung des Finanzsektors für die Klimakrise und seiner gleichzeitigen Betroffenheit – hat die EU in der vergangenen Legislaturperiode zentrale Regeln für mehr Transparenz im Bereich Nachhaltigkeit geschaffen. Sie sollen Investor*innen ermöglichen, nachhaltigkeitsbezogene Aspekte in Entscheidungen einzubeziehen. Das europäische Regelwerk für nachhaltige Finanzmärkte umfasst mehrere sich ergänzende Instrumente:

- Die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) verpflichtet deutlich mehr Unternehmen zur standardisierten Offenlegung von Nachhaltigkeitsrisiken, -chancen und -auswirkungen und schreibt eine externe Prüfung vor.
- Die Taxonomie-Verordnung definiert, welche Tätigkeiten als ökologisch nachhaltig gelten.
- Die Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) verpflichtet Finanzmarktakteure, offenzulegen, wie sie Nachhaltigkeitsaspekte in ihre Anlageentscheidungen einbeziehen.
- Die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) verpflichtet große Unternehmen, Umwelt- und Menschenrechtsrisiken entlang der gesamten Lieferkette zu erkennen, zu verhindern und zu beheben.

Rückschritte statt Fortschritte: Nachhaltige Finanzregulierung unter Druck

Im Zuge des Diskurses über Bürokratieabbau geraten auch die Regeln für nachhaltige Finanzen unter Druck. Mit dem sogenannten „Omnibus“-Vorschlag plant die Europäische Kommission, zentrale Nachhaltigkeitsvorgaben spürbar zurückzuführen (Europäische Kommission 2025):

- Der Vorschlag zur CSRD sieht vor, die Schwellenwerte für berichtspflichtige Unternehmen deutlich anzuheben, Anforderungen für nicht börsennotierte Unternehmen zu lockern, Prüfstandards abzusenken – und sektorspezifische Standards vorerst auszusetzen. Rund 80 Prozent der bislang erfassten Unternehmen würden dadurch aus dem Anwendungsbereich fallen.
- Auch die Taxonomie zur Klassifizierung nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten soll beschnitten werden: Künftig soll

len nur noch sehr große Unternehmen berichten – und auch nur, wenn entsprechende Aktivitäten mehr als zehn Prozent von Umsatz, Investitionen oder Bilanzsumme betragen.

- Die Vorschläge zum EU-Lieferkettengesetz begrenzen das Konzept der Lieferkette auf direkte Zulieferer und schränken die Haftung für Umweltschäden und Menschenrechtsverstöße ein. Zudem soll die Pflicht zur Prüfung einer Einbeziehung des Finanzsektors gestrichen werden – ein Punkt, der bereits 2023 am Widerstand finanzstarker Lobbygruppen scheiterte (Finanzwende 2025).
- Mögliche Änderungen an der SFDR sind zwar nicht Teil des Omnibus-Pakets, eine Überarbeitung ist aber für Herbst 2025 angekündigt.

Der Angriff auf das europäische Regelwerk kommt nicht nur von der europäischen Kommission: Auch aus Deutschland erhält dieser Kurs politischen Rückenwind. Ende 2024 forderten vier Minister der alten Bundesregierung in einem Brief an die EU-Kommission eine Abschwächung der CSRD (Wissing et al. 2024). Die CDU verankerte dies später im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung (CDU et al. 2025).

Was auf dem Spiel steht: Die Folgen einer Deregulierung

Eine Aushöhlung nachhaltiger Finanzregeln hätte für den Finanzmarkt vor allem eine Folge: weniger verlässliche, standardisierte und hochwertige Informationen über Nachhaltigkeit. Dieser Mangel an belastbaren Daten hätte weitreichende Konsequenzen – er würde gezielte Investitionen in die Transformation erschweren, das Risikomanagement untergraben und die Gefahr von Verbrauchertäuschung erhöhen.

Nachhaltige Finanzströme werden ausgebremst

Eine zentrale Stärke von Finanzmärkten liegt darin, Informationen zu verarbeiten und Kapital dorthin zu lenken, wo es aus Marktsicht das beste Verhältnis von Risiko und Ertrag verspricht. Auch wenn die Debatte über Markteffizienz andauert – in einem Punkt herrscht Einigkeit: Je besser die Informationslage, desto effizienter funktioniert Kapitalallokation.

Für nachhaltige Finanzmärkte bedeutet das: Sie sind auf verlässliche, vergleichbare und standardisierte Nachhaltigkeitsinformationen angewiesen (Familiar et al. 2024, Krueger et al. 2024). Nur wenn transparent ist, welche wirtschaftlichen Aktivitäten tatsächlich sozial-ökologisch ausgerichtet sind, kann Kapital gezielt in die Transformation fließen. Sonst wird Kapital fehlgeleitet – etwa weil für nachhaltige Vorhaben vorgesehene Mittel „versehentlich“ in weniger zukunftsfähige Projekte fließen oder die Auswahl nachhaltiger Investitionen mit Kosten verbunden ist. Das bremst Innovationen und gefährdet Klima- und Umweltziele.

Finanzmarktstabilität wird gefährdet

Die Klimakrise bedroht nicht nur Ökosysteme, sondern auch die Stabilität des Finanzsystems. Extremwetter wie Überschwemmungen oder Waldbrände können zu massiven Kreditausfällen führen – etwa wenn viele Unternehmen gleichzeitig zahlungsunfähig werden. Solche Ereignisse sind längst kein Ausnahmefall mehr, sondern systemische Risiken (EZB o. D.).

Der Finanzsektor muss solche Risiken frühzeitig erkennen – und ist dabei auf verlässliche Nachhaltigkeitsdaten angewiesen. Bleiben Angaben zu Extremwetteranfälligkeit, CO₂-Bepreisung oder Biodiversitätsverlust freiwillig, bleiben zentrale Risiken für Banken und Versicherer unsichtbar. Weniger Berichtspflichten bedeuten mehr Unsicherheit – und erhöhen das Risiko, dass Klimarisiken systematisch unterschätzt werden.

Die Folgen zeigen sich bereits: Die EZB stellte fest, dass viele Großbanken weiterhin Kreditportfolios mit hohen Übergangsrisiken halten (EZB 2024). BaFin-Chef Branson kritisierte, viele Institute seien nicht in der Lage, die finanziellen Folgen der Klimakrise präzise zu erfassen – es fehle an belastbaren Daten (Branson 2025). Auch Banken wie die Deutsche Bank greifen häufig auf Schätzungen zurück (Deutsche Bank 2025).

Statt die Anforderungen zu senken, braucht es robuste und verbindliche Berichtspflichten. Nur so kann der Finanzsektor die Klimakrise als das behandeln, was sie längst ist – ein zentrales Geschäftsrisiko.

Vertrauen und Verbraucherschutz stehen auf dem Spiel

Greenwashing hat das Vertrauen vieler Verbraucher*innen in nachhaltige Finanzprodukte erschüttert (Senn & Schultz 2021, 2023 a, 2023 b). Anbieter verwiesen zur Rechtfertigung oft auf fehlende Definitionen – man wisse ja selbst nicht genau, was als nachhaltig gelte.

Gerade deshalb waren verbindliche Definitionen wie die der Taxonomie ein Fortschritt. Werden Berichtspflichten anhand dieser Definitionen nun unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus abgeschwächt, öffnet das erneut die Tür für Intransparenz. Die Folge: Glaubwürdige Anbieter werden verdrängt, verantwortungsvolle Entscheidungen erschwert – und die Glaubwürdigkeit nachhaltiger Finanzmärkte weiter beschädigt.

Was jetzt wichtig ist

Damit Sustainable Finance wirken kann, braucht es verlässliche Regeln, Transparenz und starke Aufsicht. Das europäische Regelwerk muss erhalten und weiterentwickelt werden – als Grundlage für Investitionen, Klimarisikobewertung und Verbraucherschutz. Das kann auch bedeuten, die Berichterstattungsstandards besonders für kleine Unternehmen auf zentrale Kennzahlen zu reduzieren.

Was derzeit jedoch als Entlastung verkauft wird, käme einem pauschalen Rückbau gleich – zulasten der Unternehmen, die sich bereits auf die neuen Anforderungen eingestellt haben. Kritik daran wächst: Neben zivilgesellschaftlichen Gruppen warnen auch Investor*innen wie die IIGCC (2025) sowie Unternehmen wie Nestlé oder Ikea (van Lent 2025) vor den Folgen.

Auch die Aufsicht muss liefern. Die BaFin hat klare Erwartungen formuliert, wie Banken und Versicherer Klimarisiken steuern sollen (BaFin 2023). Diese müssen nun flächendeckend kontrolliert und bei Verstößen sanktioniert werden – wie es die EZB bereits vormacht (Reuters 2024). Ohne wirksame Kontrolle bleiben selbst gute Regeln wirkungslos.

Klar ist auch: Der Versuch, Nachhaltigkeitsstandards unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus zu schleifen, gefährdet nicht nur die Transformation, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität. Deutschland sollte als wirtschaftsstarkes EU-Mitglied Kurs halten – und ihn nicht durch eigene Rückzugsforderungen untergraben.

Literatur

- BaFin (2023): BaFin veröffentlicht 7. MaRisk-Novelle. Im Internet unter: https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Meldung/2023_06_29_BaFin_veroeffentlicht_siebte_MaRisk_Novelle.html
- Branson, M. (2025): Pressekonferenz „Risiken im Fokus“. Im Internet unter: https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/RedenInterviews/re_250128_PK_Risiken_im_Fokus_p.html
- CDU/CSU/SPD (2025): Verantwortung für Deutschland – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Im Internet unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf
- Comfort, N./Zuloaga, J. (2024): EZB bestraft erstmals Banken wegen Klima-Versäumnissen. Im Internet unter: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-05-30/ezb-bestaft-erstmal-banken-wegen-klima-versaumnissen>
- Deutsche Bank (2025): Geschäftsbericht 2024. Im Internet unter: https://investor-relations.db.com/files/documents/annual-reports/2024/Geschaeftsbericht-2024.pdf?language_id=3
- Europäische Kommission (2025): Questions and answers on simplification omnibus I and II. Im Internet unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_25_615
- EZB (2024): Risks from misalignment of banks' financing with the EU climate objectives. Im Internet unter: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/ecb/pub/pdf/ssm.bankingsectoralignmentreport202401-49c6513e71.en.pdf>
- EZB (o. D.): Steuerung von Klimarisiken. Im Internet unter: https://www.ecb.europa.eu/ecb/climate/managing_mitigating_climate_risk/html/index.de.html
- Familiar, J./Hussain, F.I./Joseph, A. (2024): Addressing demands for transparency in capital markets. Im Internet unter: <https://blogs.worldbank.org/en/voices/addressing-demands-for-transparency-in-capital-markets>
- Finanzwende (2023): Finanzlobbyismus. Im Internet unter: <https://www.finanzwende.de/themen/finanzlobbyismus>
- Finanzwende (2025): Financial irresponsibility. Im Internet unter: https://www.finanzwende.de/fileadmin/user_upload/Themen/Oekologische_Finanzwende/Report_Financial_irresponsibility.pdf
- IIGCC (2025): Investors warn Omnibus package could weaken EU sustainability disclosures, harming investment and economic competitiveness. Im Internet unter: <https://www.iigcc.org/media-centre/investors-warn-omnibus-package-could-weaken-eu-sustainability-disclosures-harming-investment-and-economic-competitiveness>
- Krueger, P./Sautner, Z./Tang, D./Zhong, R. (2024): The Effects of Mandatory ESG Disclosure Around the World. In: Journal of Accounting Research Vol. 62, No. 5, S. 1795–1847.
- Reuters (2024): ECB started issuing fine notices to banks not meeting climate expectations. Im Internet unter: <https://www.reuters.com/sustainability/ecb-started-issuing-fine-notice-banks-not-meeting-climate-expectations-2024-09-24/>
- Senn, M./Schultz, A. (2021): Greenwashing im großen Stil. Im Internet unter: <https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/nachhaltige-finanzmaerkte/greenwashing-im-grossen-stil/>
- Senn, M./Schultz, A. (2023 a): Greenwashing in Zeiten von Ukrainekrieg und Energiekrise. Im Internet unter: <https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/nachhaltige-finanzmaerkte/greenwashing-in-zeiten-von-ukrainekrieg-und-energiekrise/>
- Senn, M./Schultz, A. (2023 b): Grüne Zertifikate: Nachhaltigkeit oder Mogelpackung? Im Internet unter: <https://www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/nachhaltige-finanzmaerkte/gruene-zertifikate-nachhaltigkeit-oder-mogelpackung/>
- van Lent, D. (2025): EU: Major businesses oppose weakening of European sustainability regulation amid Omnibus proposal. Im Internet unter: <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/eu-major-businesses-oppose-weakening-of-european-sustainability-regulation-amid-omnibus-proposal/>
- Wissing, V./Kukies, J./Habeck, R./Heil, H. (2024): Letter regarding options for the simplification of sustainability reporting. Im Internet unter: <https://table.media/wp-content/uploads/2024/12/17215006/CSRD-Proposal.pdf>

AUTORINNEN + KONTAKT

Magdalena Senn hat in Tübingen, Berlin und Paris Volkswirtschaftslehre studiert. Bei der Bürgerbewegung Finanzwende ist sie für das Themenfeld nachhaltige Finanzmärkte zuständig. Davor arbeitete sie im Europaparlament zu Themen des Wirtschafts- und Währungsausschusses.



Bürgerbewegung Finanzwende e.V., Motzstraße 32, 10777 Berlin. E-Mail: magdalena.senn@finanzwende.de

Alison Schultz ist promovierte Finanzökonomin und arbeitet bei Finanzwende zu Nachhaltigkeitsrisiken, Greenwashing und Finanzaufsicht. Nach ihrem Studium der Volkswirtschaftslehre und politischen Ökonomie forschte sie zu den realwirtschaftlichen Auswirkungen von Finanzmärkten.



Bürgerbewegung Finanzwende e.V., Motzstraße 32, 10777 Berlin. E-Mail: alison.schultz@finanzwende.de